

«Unser Solidaritätsdefizit ist die verwundbare Stelle schlechthin»

Referat von Alt-FBPL-Parteipräsident Hansjörg Marxer anlässlich der Veranstaltung Finanzplatz Liechtenstein – Wir alle!

Im Rahmen der FBPL-Veranstaltung «Finanzplatz Liechtenstein – Wir alle!» hielt Alt-Parteipräsident Hansjörg Marxer das Eingangreferat. Er hatte die Aufgabe übernommen, den Finanzplatz Liechtenstein aus der Sichtweise eines Aussenstehenden zu beleuchten. Nachfolgend veröffentlichten wir Auszüge aus dem Referat von Hansjörg Marxer im Wortlaut.

Sicher ist es Ihnen in den letzten Jahren genau so ergangen wie mir: Im Ausland kannte man Liechtenstein wegen der interessanten Briefmarken, der erfolgreichen Skifahrer – und nicht zuletzt, weil wir keine Steuern zu entrichten hätten. Wir wurden eigentlich immer freundlich aufgenommen, weil wir aus einem so netten, kleinen Fürstentum kamen. Und das, obwohl man uns wegen der Steuerprivilegien doch etwas beneidete. Wenn ich jedoch um Details oder Hintergründe dieses wunderbaren Finanzplatzes gefragt wurde, konnte ich nur ausweichend antworten, dass es dabei wohl um Geschäfte ginge, durch die im Ausland irgendwie Steuern gespart würden oder so.

Was kann also jemand, der nicht im Finanzdienstleistungssektor beschäftigt ist, zur heutigen Diskussion überhaupt beitragen? Wer von uns kennt das Finanzdienstleistungsgewerbe, die Strukturen, Hintergründe und Ideen von Firmenkonstruktionen, Holdings, Trusts oder Stiftungen in dem Masse, dass er einschätzen kann, was auf diesem Sektor eigentlich alles geschehen könnte? Das geht uns alles ohnehin nichts an. Es geht uns jedoch sehr viel an. Die Aktualität zwingt uns geradezu, endlich Fragen zu einer wichtigen Quelle unseres Wohlstandes zu stellen! Genau dieser Prozess soll am heutigen Abend durch die folgenden Fachreferate und Diskussionen in Gang gesetzt werden.

Wir sind beunruhigt, verletzt oder empört über die negative Presse, die Liechtenstein in den letzten Monaten in den internationalen Medien hatte. Handelt es sich hier um eine längst fällige, seriöse Aufdeckung von kriminellen Machenschaften, in die alle Institutionen unseres Staates verwickelt sind? Oder sind es böswillige Verleumdungen, getragen von Neid und nicht zuletzt vom politischen Willen die Position des Steuerparadieses Liechtenstein

Was kann ein Aussenstehender Beitragen?

innerhalb der europäischen Staatengemeinschaft zu schwächen? Für den deutschen Bundesnachrichtendienst wäre dies nicht der erste Versuch sich in die Interna anderer Staaten einzumischen.

Tatsache ist, dass nicht nur unser Finanzdienstleistungssektor, sondern wirklich das ganze Land, von der Regierung, über die Verwaltung und die Richter bis hin zum einfachen Bürger – also auch Sie und ich – dem Vorwurf von kriminellen Geldgeschäften zu profitieren, ausgesetzt ist. Können wir zur Tagesordnung übergehen, nachdem ein neutraler Sonderstaatsanwalt zumindest die Institutionen des Staates von den Vorwürfen krimineller Machenschaften befreit hat?

Ist mit der Feststellung, dass keine Hinweise auf eine Beteiligung höchster Regierungs-, Amts- und Richterkreise an kriminellen Machenschaften gefunden werden konnten, dieser Vorwurf für das Ausland wirklich vom Tisch? Oder sagt man sich dort vielleicht, dass diese Erkenntnis des Sonderstaatsanwalts noch lange nicht schlüssig beweise, dass diese Kreise wirklich frei von

Schuld sind? Mit dieser Frage müssen sich wohl die Betroffenen noch weiter auseinandersetzen.

Was ist aber mit uns? Wir Liechtensteiner wurden pauschal krimineller Machenschaften bezichtigt! Wie haben wir darauf reagiert? Möglicherweise haben wir die ganzen Vorwürfe als Unsinn abgetan, der uns im Grunde genommen gar nichts angeht. Möglicherweise haben wir uns aber gesagt, dass es eine Frechheit ist, uns krimineller Machenschaften zu bezichtigen ausgerechnet uns, die wir ja gar nichts mit dem Finanzdienstleistungssektor zu tun haben. Da wird von einigen wenigen kriminellen Geld geschaffelt, und wir unbeteiligten, arglosen Bürger verlieren unseren guten Ruf. Wir sind da nicht verantwortlich – die Schuld liegt bei den anderen.

Einer Medienkampagne auf den Leim gegangen

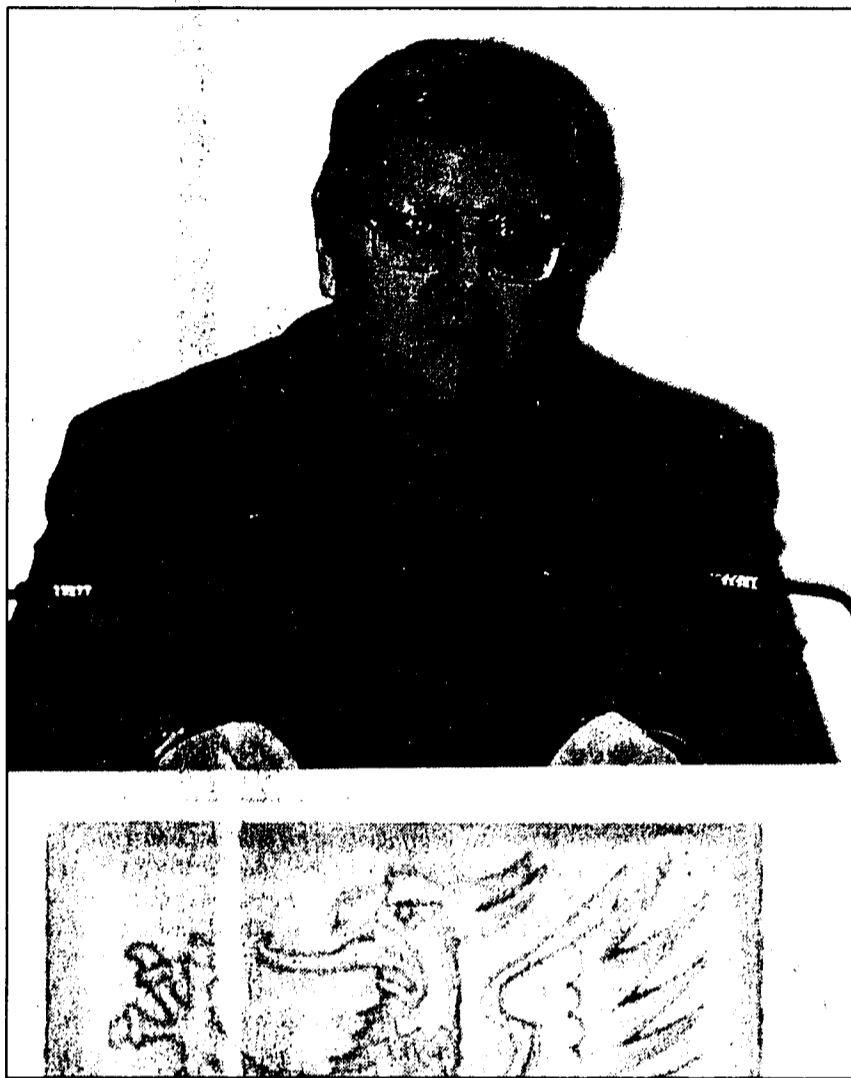
Ähnlich mögen viele aus dem Finanzdienstleistungssektor gedacht haben. Sie haben sich wohl gesagt: Ich mache nur seriöse Geschäfte und muss nun die Folgen krimineller Geschäfte der anderen voll mittragen, indem mir die Grundlage meines Gewerbes – der gute Ruf des Finanzplatzes Liechtenstein – zerstört wird. Erneut: Ich bin nicht schuldig – die anderen sind die bösen. Wir alle sind einer gezielten Medienkampagne auf den Leim gegangen. Wir wurden pauschal angeklagt. Um die Vorwürfe von uns selbst abzuhalten, haben wir sie pauschal und unkritisch an alle oder zumindest an einige Treuhänder weitergeleitet. Unkritisch deshalb, weil wir im Eifer von diesen Vorwürfen reinzuwaschen, nicht einmal die Frage gestellt haben, ob die Vorwürfe von der Sache her überhaupt gerechtfertigt sind. Damit haben wir den bisher unbewiesenen Behauptungen im Grundsatz die Qualität der Glaubwürdigkeit gegeben: Wenn wir sagen, die anderen sind schuld, gehen wir unzweifelhaft davon aus, dass es überhaupt ein schuldhaftes Verhalten gegeben hat, was in einem Rechtsstaat wohl erst nach einem ordentlichen Verfahren, auf keinen Fall aber aufgrund anonymen Verleumdungen behauptet werden darf.

Die Anschuldigungen sind in Liechtenstein angekommen und werden – so erwarten wir alle – konsequent überprüft. Was ist aber mit dem anonymen Informanten, der in Liechtenstein vermutet wird? Nachforschungen in diese Richtungen sind meiner Meinung nach ebenso wichtig wie die Untersuchung der Vorwürfe an den Finanzplatz Liechtenstein und seine Repräsentanten.

Die Aussage des Regierungschefs, dass es rein statistisch gesehen wahrscheinlich Fälle von Geldwäscherei in Liechtenstein gebe, trägt keine sinnvollen Erkenntnisse zur Handhabung des Problems bei. Mir scheint es für unseren Finanzplatz sinnvoller zu sein, die Ergebnisse der Untersuchungen abzuwarten, anstatt die anonymen Vorwürfe in einer derart sensiblen Angelegenheit noch mit persönlichen Wahrscheinlichkeitsbetrachtungen zu würgen.

Wir sind einer Medienkampagne auf den Leim gegangen. Diese Medienkampagne ist deshalb so erfolgreich, weil es uns an der notwendigen Solidarität mangelt. Dieses Solidaritätsdefizit wird gezielt ausgenutzt, um unsere Gemeinschaft in ihrer Kritikfähigkeit und Objektivität zu schwächen. Durch dieses emotionale Ablenkungsmanöver wird die Grundlage geschaffen, um etwas zu erreichen, was bei objektiver Betrachtungsweise nicht möglich wäre. Zwei Beispiele:

Die Regierung hat zur Vorbereitung der Revision des Krankenkassengesetz-



Alt-FBPL-Parteipräsident Hansjörg Marxer: «Wir sind einer Medienkampagne auf den Leim gegangen. Diese Medienkampagne ist deshalb so erfolgreich, weil es uns an der notwendigen Solidarität mangelt.» (Bild: Dietmar Stiplovsek)

zes in einer Medienkampagne verbreitet, die Ärzte verdienten zu viel und deshalb sei unser Gesundheitswesen nicht mehr bezahlbar. Die Rechnung scheint aufgegangen zu sein. Die Liechtensteiner wurden darauf eingestimmt, dass die Ärzte durch ihre hemmungslosen Honorare das Gesundheitswesen unbezahlbar machten. Dies wurde verbreitet, obwohl in Liechtenstein bisher keine verlässlichen Analysen über die Kostensteigerung und Verteilung im Gesundheitswesen gemacht wurden, obwohl dies von Vertretern der Leistungserbringer im Gesundheitswesen schon länger gefordert wurde. Die Ärzte wurden pauschal diskreditiert, obwohl klar war, dass wir ein ausgezeichnetes Gesundheitswesen zu einem im internationalen Vergleich günstigen Preis hatten.

Obwohl die meisten von uns immer wieder froh sind, bei einem kompetenten Arzt Hilfe zu erhalten, wurde die Propaganda der Regierung kritiklos geschluckt. Da es ja nur den Ärzten an den Kragen ging, hat man sich mit den wahren Inhalten des neuen Gesetzes gar nicht auseinandergesetzt. Das Resultat der Revision wird übrigens wohl in erster Linie eine Aufblähung der Verwaltung und eine daraus resultierende Kostensteigerung sein, die man dann wohl wieder den Ärzten anlasten wird. Ein weiteres Beispiel ist die Verunglimpfung unserer vom Volk gewählten

Gegenüber den Nachkommen verantwortlich

Politiker durch den Landesfürsten. Unser Staatsoberhaupt bezichtigt unsere gewählten Vertreter pauschal des politischen Filzes. Viele denken wohl: Endlich sagt jemand den Herren Politikern die Meinung! Über die Schadenfreude, dass es den anderen an den Kragen geht, vergessen wir dabei jedoch, dass wir für diesen vermeintlichen Filz – wenn es ihn wirklich gibt – mitverantwortlich sind. Wenn der Fürst unsere Politiker anklagt, klagt er damit uns alle an. Wir sind verantwortlich für die von uns gewählten Politiker.

Ebenso werden wir unseren Nach-

kommen gegenüber dafür verantwortlich sein, wenn wir an der Urne über die Verfassungsinitiative des Fürsten abstimmen werden. Auch hier laufen wir Gefahr, einer Medienkampagne auf den Leim zu gehen: Zur Diskussion steht die Frage der demokratischen Ererbschaften, die Frage ob und wie viel Rechte das Volk abgeben soll – auf keinen Fall die Frage ob wir weiterhin zur Monarchie stehen.

Die Ursache der heute im Trend liegenden Politikverdrossenheit den von uns gewählten Vertretern und ihrer Politik anzulasten, ist erstens dumm, weil wir selbst für diese Vertreter verantwortlich sind und zweitens eine faule Ausrede dafür, dass wir uns nicht selbst in der Politik engagieren.

Man könnte diese Liste der gezielten Entsolidarisierung wahrscheinlich noch lang ergänzen. Wenn ich am Stammtisch pauschal über die Beamten schimpfe, werden mir wahrscheinlich alle – ausser natürlich den Beamten – zustimmen. Es wird sich mir wahrscheinlich niemand entgegenstellen, der mir seine guten Erfahrungen mit fähigen Beamten entgegenhält. Ich könnte auch pauschal über die Architekten, Handwerker oder was Sie auch immer wollen, schimpfen. Ich würde Beifall bekommen, ausser natürlich von den gerade Betroffenen.

Möglicherweise ist dieses fatale Solidaritätsdefizit eine Folge unseres Wohlstands. Solidarität wird wohl erst dann zu einem Thema, wenn es einem schlecht geht. Unser Solidaritätsdefizit, sei es zu den Ärzten, zu den Treuhändern oder zu den Politikern ist aber die verwundbare Stelle schlechthin, an der unser Staat geschwächt wird: Mangelnde Solidarität verursacht eine Anfälligkeit auf emotionale Ablenkungsmanöver hereinzufallen.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass von aussen her nachhaltig ein massiver Druck auf unser kleines Land aufgebaut wird. Wenn wir nur die geringste Chance diesem Druck standzuhalten wahrnehmen wollen, müssen wir im Innern in wichtigen Fragen näher zusammenfinden und gegenseitiges Vertrauen aufbauen.

Die Juristen mögen mir nachsehen, dass ich eine grundsätzliche Kritik anbringe. In geradezu inflationärer Weise werden Grundrechte und Menschen-

rechte postuliert. Daraus werden dann Rechtsansprüche abgeleitet: Man kann etwas einfordern, etwas von der Gemeinschaft verlangen. Das ist natürlich sehr komfortabel. Meines Erachtens müsste unser Denken aber auf Grundpflichten, auf Grundverantwortungen aufgebaut werden.

Einforderbare Rechte bedeuten doch einfach, dass wir in unserer Konsumgesellschaft selektiv jeweils die Rechte wahrnehmen, die uns gerade passen. Hinter dem Wahl- und Stimmrecht zum Beispiel steht nicht nur das Recht, vielmehr die Pflicht an die Urne zu gehen, die Pflicht Verantwortung wahrzunehmen. Mit der Wahrnehmung des Wahlrechts übernehmen wir die Verantwortung für die Politiker, die wir gewählt haben. Und wenn wir einen falschen Politiker gewählt haben, stehen wir in der Verantwortung, bis wir den Fehlentscheid wieder korrigiert haben.

Wir sind für die von uns gewählten Politiker verantwortlich. Für den Finanzplatz Liechtenstein sind wir sogar in zweifacher Hinsicht verantwortlich: Erstens über die von uns gewählten Politiker und die von ihnen beschlossene Gesetzgebung, die durch Standortvorteile unseren Finanzplatz überhaupt ermöglicht. Und wohl gemerkt: Die Gesetzgebung macht nur dann Sinn, wenn die exakte Durchführung der Gesetze gewährleistet ist.

Zweitens sind wir alle – unabhängig von unserem Beruf – in erheblichem Ausmass an den Gewinnen des Finanzplatzes beteiligt: Der Staatshaushalt wird mit Einnahmen aus dem Finanzsektor komfortabel genährt, wir haben eine geringe Steuerquote, es gibt Arbeitsplätze, Aufträge für unser Gewerbe, Konsum und so weiter. Wir sind sicher zurecht stolz auf unsere wirtschaftliche Lage, stolz darauf, dass wir so tüchtig sind. Aber mit Tüchtigkeit allein ist es noch nicht getan. Wir verdanken einen grossen Teil unserer Prosperität den günstigen Rahmenbedingungen, die nun sicher diskutiert werden müssen.

Wir können also nicht einfach sagen, der Finanzplatz Liechtenstein und die Vorwürfe gegen den Finanzplatz Liechtenstein gingen uns nichts an. Vielmehr müssen wir uns gerade jetzt die Frage stellen, ob und in welchem Ausmass wir weiter zu dem Finanzplatz Liechtenstein stehen. Soweit ich mich informieren konnte, bietet unser Treuhandsektor seinen Kunden wichtige und sinnvolle Produkte an.

Ich habe schon gehört, dass wir die bisherige Politik im Finanzdienstleistungssektor schon deshalb beibehalten sollten, weil sonst einfach andere das Geschäft machten. Das würde einmal mehr bedeuten, dass wir im Grunde genommen davon ausgehen, dass die Geschäfte nicht immer in Ordnung sind. Das genügt mir als Rechtfertigung für den Finanzplatz Liechtenstein nicht. Wir müssen mit Überzeugung sagen können: Die Weiterführung unserer Finanzdienstleistungen ist deshalb sinnvoll, weil wir kompetent und seriös gute Produkte anbieten können.

Ein Gedanke zum Schluss: Im Zusammenhang mit der EWR-Diskussion sollte uns allen bewusst geworden sein, dass Liechtenstein in erheblichem Ausmass vom Finanzdienstleistungssektor abhängig und damit verwundbar ist. Die Versuche von aussen unseren Finanzplatz zu kriminalisieren zeigen, dass die vor der EWR-Abstimmung propagierte Einschätzung, man habe in der EU schon Verständnis für den Sonderfall Liechtenstein, eine geradezu sträfliche Verkennerung der Realität war. Für mich stellt sich die Frage, ob vor dem Hintergrund, dass wir eigentlich schon zu stark vom Finanzdienstleistungssektor abhängig und dadurch leicht verwundbar sind, die Entscheidung, Liechtenstein zu einem Bankplatz auszubauen, sinnvoll war.